

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

№. 350 Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 5.—, wöchentlich Zl. 1.25; Ausland: monatlich Zl. 8.—, jährlich Zl. 96.—. Einzelnummer 20 Groschen. Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Bettrikauer 109
Telephon 136-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die sieben gespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.—. Plow; falls diesbezügliche Anzeige aufgeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

8. Jahrg.

Um die Freilassung der Abgeordneten.

Der Abg. Puzat mit der Referierung des Antrages betraut.
Die Freilassung der Abgeordneten bevorstehend?

Gestern fand eine weitere Sitzung der Reglements-Kommission des Sejms statt. Zunächst mußte ein neuer Vorsitzender der Kommission gewählt werden, da der Abg. Car das Amt des Vorsitzenden niedergelegt hat. (Der Herr Justizminister hat sich fürwahr nicht allzu sehr anstrengt, denn kaum in zwei Sitzungen hat er den Vorsitz geführt.) An Stelle Cars wurde der Abg. Podofski vom BB-Klub „gewählt“.

Darauf gelangte der Antrag der PPS zur Behandlung, worin die Freilassung der noch in Haft befindlichen gewählten Abgeordneten verlangt wird. Zur allgemeinen Überraschung erklärten sich die BB-Abgeordneten damit einverstanden, daß das Referat über diesen Antrag dem Abg. Puzat (PPS) übergeben wird. Der Vorsitzende der Kommission versprach, sich in kürzester Zeit mit dem Justizminister ins Einvernehmen zu setzen, um das in dieser Angelegenheit erforderliche Material zu erhalten.

Eine sehr lebhaft debattierte Entscheidung über den Antrag gegen die vom Sejmarschall in der letzten Sejm-Sitzung getroffenen Entscheidung, auf Grund welcher dem Abg. Zulawski ein Ordnungsruf mit Eintragung in das Protokoll erteilt wurde. Während der volle zwei Stunden dauernden Debatte traten die zwischen der Regierungspartei und den anderen Sejmparteien bestehenden grundverschiedenen Begriffe über Parlamentarismus klar zutage. Besonders heiß umstritten wurden die Artikel 61 und 67 des Sejmreglements. Der vom Abg. Zulawski vertretene Standpunkt wurde von den Vertretern aller Oppositionsparteien geteilt. Da der Regierungsbund aber die Mehrheit besitzt, wurde die Verurteilung des Abg. Zulawski abgelehnt.

Die Tatsache, daß die BB-Abgeordneten in der Reglements-Kommission der Uebergabe des Referats über der

Antrag betreffs Befreiung der in Haft befindlichen Abgeordneten an den Abg. Puzat zugestimmt haben, hat in Sejmkreisen allgemein überrascht. Doch glaubt man, daß es der BB-Klub mit diesem Schritt nicht ehrlich gemeint hat. Man ist vielmehr der Meinung, daß es sich hierbei lediglich um ein leeres Manöver der BB handle. In Sejmkreisen glaubt man, verschiedene Anzeichen dafür vorzufinden, daß die in Haft befindlichen Abgeordneten schon in den nächsten Tagen befreit würden, so daß der Abg. Puzat eigentlich gar nicht mehr dazu kommen dürfte, sein Referat, das allerdings wenig Schmeichelhaftes für die Regierung und ihre Trabanten enthalten würde, zu halten.

In den Ruhestand versetzt.

Das letzte Personalblatt des Kriegsministeriums führt eine lange Reihe von Offizieren verschiedener Rangstufen an, die in den Ruhestand versetzt wurden. Darunter befinden sich auch einige Generale, und zwar Gen. Subicki (der jetzige Arbeitsminister), Galica (der zum Abgeordneten des Regierungsbundes gewählt wurde), Rybak, Wladyslaw Siforski und Lisowski. Auch der jetzige Handelsminister Prystor befindet sich auf der Liste der in den Ruhestand versetzten Offiziere. Insgesamt enthält die Liste die Namen von 200 Offizieren.

Aus dem Gefängnis entlassen.

Der seit September d. J. in Haft gehaltene Vorsitzende der Bauernpartei Abg. Dr. Brona wurde gestern freigelassen. Abg. Dr. Brona hat also vier Monate im Gefängnis zugebracht, bis man es für geraten hielt, ihn auf freien Fuß zu setzen.

Polnische Forderungen an Danzig.

Die Danziger Regierung lehnt ab.

Danzig, 19. Dezember. Die Danziger Regierung hat am Freitag in einer über 100 Seiten umfassenden Note an den Danziger Völkerbundkommissar Graj Grafina auf den polnischen Antrag vom 30. September geantwortet, in dem die polnische Regierung den Völkerbundkommissar um eine Entscheidung über die angebliche ungerechte Behandlung der Danziger Staatsangehörigen polnischer Nationalität und um die Gleichstellung der polnischen Staatsbürger mit Danziger Staatsangehörigen ersuchte. In der Danziger Antwortnote wird der Völkerbundkommissar gebeten, sämtliche polnischen Anträge als unbegründet und ungerechtfertigt zu verwerfen. Insbesondere werden die polnischen Forderungen auf Errichtung öffentlicher polnischer Schulen, Gymnasien und Fachschulen, polnischer Schulinspektorate und besonderer polnischer Schulkommissionen abgelehnt.

Polen fordert u. a. weiter, daß alle polnischen Schulzeugnisse usw. in Danzig rückhaltlos anerkannt und den Danziger Zeugnissen gleichgestellt werden sollen, ferner, daß jeder polnische Bürger mündlich und schriftlich in polnischer Sprache verkehren kann und die Danziger Behörden verpflichtet sein sollen, ihm in polnischer Sprache zu antworten. Auch fordere die polnische Note, daß Danzig die Verleihung der Danziger Staatsangehörigkeit an einen Polen nur im Einvernehmen mit der polnischen Regierung vornehmen dürfe. Weiter sollte jeder polnische Staatsangehörige und jede polnische Regierung die Freiheit haben, so viel Grundstücke in Danzig zu erwerben, wie sie wollen. Bezüglich der Wohnungswirtschaft verlangte Polen Gleichbehandlung der polnischen Staatsangehörigen mit Danzigern. Polnischen kulturellen und Bildungsanstalten sollten Wohnräume bevorzugt zugewiesen werden. Dadurch würde also ein Zustand eintreten, daß bei der ungeheuren Danziger Wohnungsnot die Danziger Wohnberechtigten keine Wohnung erhalten würden, weil polnische kulturelle Vereine zu bevorzugten wären. Schließlich verlangte Polen noch, daß alle Polen auf Danziger Gebiet von jeder Auslandskontrolle befreit sein sollen. Wie oben gesagt, hat Danzig diese Forderungen Polens als unbegründet und ungerechtfertigt abgewiesen.

Neue deutsche Protestnote gegen Polen.

Wegen der Benachteiligung der deutschen Minderheit in Polen und Pommerellen bei den Wahlen.

Berlin, 19. Dezember. Die Reichsregierung hat heute vormittag durch den deutschen Generalkonsul dem gegenwärtig führenden Generalsekretär des Völkerbundes Marquis Paulucci eine neue deutsche Protestnote gegen Polen überreicht. Die Note richtet sich gegen die Verletzungen der Rechte der deutschen Minderheit in Pommerellen und Polen, anlässlich der letzten Sejmwahlen. Die Note besteht, ähnlich wie die deutsche Oberschlesiennote, aus einer kurzen Einleitung, in der Curtius den Generalsekretär des Völkerbundes ersucht, im Hinblick auf die schwerwiegende Bedeutung der vorliegenden Fälle die deutsche Beschwerde note unverzüglich auf die Tagesordnung der Januartagung des Völkerbundrates zu setzen. Sodann gibt die Note zahlreiche Einzelfälle wieder, aus denen die Einschränkung, Beeinflussung und Behinderung der Wahlrechte der deutschen Minderheiten in Polen und Pommerellen hervorgeht. Die deutsche Beschwerde ist auf dem Art. 7 des zwischen der Entente und Polen 1922 abgeschlossenen allgemeinen Minderheitenschutzvertrages aufgebaut und verlangt in präziser Form Wiederherstellung der durch den Minderheitenschutzvertrag gewährleisteten Rechte der deutschen Minderheit in Polen.

gierung gegen Polen, die die Vorfälle im Korridor und in Polen behandelt, ist vom stellvertretenden Generalsekretär des Völkerbundes in gleicher Weise wie die beiden ersten Noten auf die Tagesordnung der Januartagung des Völkerbundes gesetzt worden und wird nach der Ackerlegung sämtlichen Mitgliederregierungen des Völkerbundrates übermittelt werden. Die Veröffentlichung der 3. deutschen Note erfolgt im Völkerbundsekretariat am Montag.

Genf, 19. Dezember. Die 3. dem Generalsekretär des Völkerbundes überreichte Protestnote der deutschen Re-

Schwerer Vulkanausbruch.

15 Personen von der glühenden Lava eingeschlossen und umgelommen.

London, 19. Dezember. Wie aus Batavia gemeldet wird, fand am Freitag früh ein schwerer Ausbruch des Vulkans Merapi statt. Nachdem schon längere Zeit ein unterirdisches Rollen zu hören war, ergoß sich plötzlich ein gewaltiger Lavaström von etwa 10—30 Meter Breite über den Kraterand in die benachbarten Täler. Die Bevölkerung flüchtete panikartig aus der Umgebung des Vulkans. Bisher konnte festgestellt werden, daß 15 Personen die auf dem Felde arbeiteten, so schnell vom glühenden Strom eingeschlossen wurden, daß sie nicht mehr gerettet werden konnten. Die Umgebung des Merapi ist im dritten Anlauf nach einem mehrstündigen heftigen Ausbruch

der großen Schaden angerichtet hat. Das unterirdische Rollen nimmt ständig zu.

Weitere 90 Menschen in der Lava umgelommen?

Amsterdam, 19. Dezember. Wie aus Batavia gemeldet wird, hat ein erneuter Ausbruch des Vulkans Merapi am Freitag nachmittag große Landstrecken vernichtet. Man befürchtet, daß 90 Menschen von der Lava eingeschlossen und getötet sind.

Sicher ist sicher.

Unter diesem Titel weiß der Lodzer „Kozmoj“ zu berichten, daß den Marschall Pilsudski außer seinem Leibarzt noch zweiundvierzig (42) der fähigsten Geheimagenten auf seiner Reise nach Madeira begleiten, um ihm die entsprechende Sicherheit zu gewährleisten. Marschall Pilsudski soll erst Ende Januar n. J. von Madeira zurückkehren.

Die Minderheiten sollen kaltgestellt werden

Der Vorstoß des Generalsekretärs des Völkerbundes in der Frage der Revision des Minderheitenverfahrens. — Man will Deutschlands Einfluß ausschalten.

Genf, 19. Dezember. Die vom Generalsekretär des Völkerbundes zur Behandlung auf der Januartagung eingereichte Denkschrift zum Minderheitenverfahren hat in Genfer deutschen Kreisen größtes Versehen erregt. Dieser unerwartete Vorstoß hat nach hiesiger Beurteilung den Zweck, die Rechte des deutschen Ratsmitgliedes als Präsidenten der kommenden Ratsitzung einzuschränken. Diese von der Minderheitsabteilung des Völkerbundsekretariats ausgearbeitete Denkschrift, die auf polnischen Einfluß zurückgeführt wird, zieht eine ältere Ratsentscheidung von 1925 heran, die dem Präsidenten des Rates und den Ratsmitgliedern die Teilnahme an den Dreierausschüssen für die Minderheitsfragen im Falle eines direkten oder indirekten Interesses an der zur Verhandlung stehenden Frage verbietet. Sie sucht diese Ratsentscheidung auf die Befugnisse des Ratspräsidenten zur Ernennung eines bedeutenden Sonderausschusses für die Minderheitenfrage auszudehnen, obwohl in der Ratsentscheidung von 1925 keinerlei Anhaltspunkte für eine derartige Auslegung gegeben sind. Die Denkschrift verfolgt klar und eindeutig das vom Völkerbundsekretariat seit Jahren verfolgte Ziel, das Minderheitenverfahren der Dreierausschüsse des Völkerbundes jeder Kontrolle der Öffentlichkeit zu entziehen, den Einfluß der an den Minderheitenfragen interessierten Ratsmitglieder möglichst auszuschalten und dem Verfahren jede praktische Bedeutung zu nehmen. Die jetzt während der Abwesenheit fast sämtlicher deutschen Völkerbundbeamten eingereichte Minderheitendenkschrift wirkt umso befremdlicher, als darin die grundsätzlichen Vorbehalte und Forderungen der deutschen Regierung, die in der Denkschrift der deutschen Regierung auf der Madrider Ratsitzung dem Rat vorlagen und dann von Dr. Stresemann mit großem

Nachdruck vertreten wurden, übergangen werden. Die Denkschrift steht weiter im schärfsten Gegensatz zu der bisher auf deutscher Seite eingenommenen Haltung zur Frage der Revision des Minderheitenverfahrens des Völkerbundes, die ausdrücklich gegen die Einschränkung der Rechte der Ratsmitglieder zur Teilnahme an den Minderheitenausschüssen des Rates Protest erheben. Man erwartet daher hier, daß die deutsche Regierung im Januar diesem neuen Versuch, in der Minderheitenfrage die Rechte des Ratspräsidenten einzuschränken, entgegenzutreten wird.

Berlin, 19. Dezember. Beide Beschwerden, sowohl die Oberschlesien- wie die Pommerellen-Beschwerden, werden in der Januartagung des Rates in Genf zur Sprache kommen. Es hat jedoch den Anschein, daß man von verschiedenen Seiten in Genf das Minderheitenverfahren erneut zu sabotieren versucht. Wie man hört, hat sich jetzt Südbanien zum Vorkühler dieser Aktion gemacht. Dem Rat wird im Januar ein südslawischer Antrag vorliegen, wonach in Auslegung der Ratsentscheidung vom Juni 1925 dem Ratspräsidenten das Recht zur Bildung auch des üblichen besonderen Ratsausschusses genommen werden soll, der den Protest einer Macht gegen die Zulässigkeitsklärung einer Minderheitenbeschwerde durch den Generalsekretär zu behandeln hat, wenn dieser Ratspräsident an der vorliegenden Beschwerde interessiert sei. Da im Januar Reichsaußenminister Dr. Curtius Ratspräsident sein wird, dürfte unter Umständen dieser südslawische Vorstoß Bedeutung gewinnen. Dies würde jedoch eine der Gelegenheiten für die deutsche Ratsabordnung sein, das immer noch ungeklärte Minderheitenverfahren insgesamt in seiner grundsätzlichen Bedeutung neu aufzurollen.

Die Antwort Prof. Krzyzanowski's.

„Die Schuldigen müßten bestraft werden.“

Abg. Prof. Krzyzanowski, der bekanntlich von den Professoren der Krakauer Universität in einem offenen Briefe aufgefordert wurde, zu der Breslauer Angelegenheit Stellung zu nehmen, hat gestern durch ein Schreiben an die Professoren geantwortet. Prof. Krzyzanowski weist eingangs darauf hin, daß er den offenen Brief vom 10. Dezember erst jetzt beantwortet, weil er abwarten wollte, welche Stellungnahme der Sejm zu der Interpellation der PPS. einnehmen wird. Einige Tage nach Empfang des offenen Briefes habe er auch aus den Zeitungen über die beunruhigenden Anklagen gegen die Breslauer Gefängnisbehörden erfahren. Er habe daraufhin sofort Schritte unternommen, die ihm das Gewissen vorgeschrieben habe, und werde dies auch weiterhin tun. Prof. Krzyzanowski erklärt weiter, er teile vollkommen die Ansicht seiner Kollegen, daß mit dem Moment, wo konkrete Anklagen erhoben werden, sofort eine energische Untersuchung durchgeführt werden müsse. Sollten sich die erhobenen Anklagen bestätigen, dann müßten die Schuldigen entsprechend bestraft werden.

Das Mandat des Geistlichen Jaworski.

Wie ukrainische Zeitungen melden, hat der Vatikan auf die Beschwerde des ukrainischen Abgeordneten, Pfarrer Josef Jaworski gegen die Entscheidung des griechisch-katholischen Episkopats, durch die der Geistliche verboten wird, zum Sejm und zum Senat zu kandidieren, eine abschlägige Antwort erteilt. Der Geistliche Jaworski wurde zum Sejm-Abgeordneten auf der Liste Nr. 1 (Regierungsbund) gewählt. Nachdem nun die Beschwerde des erwähnten Geistlichen abgelehnt worden ist, rechnen die ukrainischen Zeitungen damit, daß er auf das Mandat verzichten werde.

Zum Tode Ulrich Rauscher's.

Warschau, 19. Dezember. Das maßgebendste Regierungsblatt „Gazeta Polska“ hebt in seinem Nachruf für den verstorbenen deutschen Gesandten in Warschau, Rauscher, dessen Objektivität und Sachkenntnis hervor, die ihn dazu befähigt hätten, viel zur Milderung der deutsch-polnischen Beziehungen beizutragen. Mehr als irgendein anderer, sagt das Blatt, sei sich Rauscher darüber klar gewesen, daß ein normales Zusammenleben zwischen Deutschland und Polen nicht nur im Interesse seines Vaterlandes, sondern im Interesse des Friedens und der Zivilisation liege. Er glaube daran, daß beide Länder früher oder später zu einem modus vivendi gelangen müßten.

Berlin, 19. Dezember. Der Gesandte Ulrich Rauscher wird am Sonnabend nachmittag in St. Vlasten beerdigt werden. Für die Reichsregierung nimmt an der Beerdigung Staatssekretär von Bülow teil. Vom auswärtigen Amt beteiligen sich ferner noch Ministerialdirektor Dr. Zschlitz, der Leiter der Presseabteilung, Ministerialdirektor Trautmann und Ministerialdirigent Eisenlohr an der Beerdigung.

Polnisches Schulwesen in Rumänien.

Das Warschauer Regierungsblatt „Messager Polonais“ berichtet über eine Intervention des Vorsitzenden des polnischen Schulverbandes in Czernowitz Szymonowicz bei dem Unterrichtsminister in Bukarest wegen Eröffnung von mindestens acht polnischen Schulen in der Bukowina und einer polnischen Schule in Transilvanien. Der Unterrichtsminister bestimmte — nach demselben Bericht des „Messager Polonais“ — die sofortige Eröffnung der beantragten polnischen Schulen, von denen ein Teil Staats-, private polnische Schulen sein sollen. Außerdem bestimmte der Minister, daß von dem Schuljahr 1930/31 an die polnische Sprache als obligatorisches Fach für alle Schüler in sechs Staatschulen gelehrt werden soll.

Deutsches Schulwesen in Rumänien.

Das „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt“ befaßt sich mit Bedrohung der Auflösung des Czernowitzer deutschen Staatsgymnasiums, wobei es hinweist: Die Auflösung des Czernowitzer deutschen Staatsgymnasiums würde nicht nur das Czernowitzer, nicht nur das Bukowiner, sondern das Deutsche in ganz Rumänien als ein besonders schweres Unrecht und als einen ausgesprochen feindseligen Akt der Regierung empfinden.

In der Denkschrift, die der Bukowiner deutsche Volkerrat an den Unterrichtsminister richtete, heißt es u. a.: Im Zusammenhang mit den seitens des Herrn Unterrichtsministers geplanten Sparmaßnahmen soll auch das Czernowitzer deutsche Staatsgymnasium eine Veränderung erfahren resp. aufgelöst werden. Diese Absicht der Regierung hat das gesamte Deutschland der Bukowina in große Erregung versetzt. — Es wird in dieser Denkschrift noch darauf hingewiesen, daß diese deutsche Anstalt auf das Alter von 122 Jahren zurückblicken kann.

Major Franco soll ausgeliefert werden.

Paris, 19. Dezember. Wie verlautet, hat die spanische Regierung der portugiesischen mitgeteilt, daß der Aufenthalt des Fliegermajors Franco in Portugal gefährlich werden könne. Die spanische Regierung ist daher vor, Franco nach den Azoren zu verfrachten. In Spanien macht sich außerdem eine Bewegung bemerkbar, die die Regierung veranlassen soll, die Auslieferung Francos zu betreiben.

Gegen die Geschichtsfälschung.

Noch eine französische Stimme zur Revisions- und Korridorfrage. — Ohne Revision der Verträge keine Garantie für den Weltfrieden.

Paris, 19. Dezember. Die „Volonté“ wirft in einem bemerkenswerten Artikel einem Teil der französischen Presse vor, systematisch gegen Deutschland zu hetzen und dadurch eine Entspannung unmöglich zu machen. Leider glauben weite Kreise der Öffentlichkeit immer noch an die Märchen von deutschen Kriegsrüstungen. Denjenigen, die derartige Märchen in die Welt setzen, müsse man die Frage stellen, ob die umfangreichen Festungsbauten Frankreichs am Rhein und seine Luftflotte von 3000 Flugzeugen sowie die stärkste Armee der Welt etwa Abrüstung genannt werden könnten. Gerade der militärische Aufwand Frankreichs wirke sich auf den Geisteszustand der Deutschen aus, denen man nicht weiter vorwerfen könne, als das Verlangen nach Revision des Versailler Vertrages und Rückgabe des Korridors. Man müsse sich fragen, ob diejenigen, die heute gegen die Auflösung der Korridorfrage Stellung nehmen, zufrieden gewesen wären, wenn Deutschland nach dem Kriege von 1870 der Schweiz einen Zugang zum Meere von den Alpen bis nach La Rochelle gegeben hätte. Man brauche nicht Deutscher zu sein, um gegen eine derartige Dummheit Stellung zu nehmen. Der Versailler Vertrag müsse revidiert werden, denn er beruhe nicht auf gegenseitiger Verhandlung, sondern sei einfach diktiert worden, ohne die Gegenpartei überhaupt anzuhören. Furchtbar sei außerdem die ausgesprochene Geschichtsfälschung, die der Vertrag enthalte, indem er Deutschland für alleinverantwortlich am Weltkrieg erkläre. Es sei unmöglich, nicht zuzugeben, daß die serbische Regierung von 1914 den größten Teil der Verantwortung trage, indem sie die Ermordung des österreichischen Thronfolgers deckte. Sie habe dies außerdem dadurch selbst zugegeben, daß sie im vergangenen Jahre ein Denkmal zu Ehren des Hauptattentäters errichtete. Poincaré habe ferner in seinem Werk erklärt, daß die Russen bereits am 30. Juli nachmittags mobil gemacht hätten. Dazu komme, daß zwischen dem französischen und dem russischen Generalstab ein Abkommen bestanden habe, wonach die Mobilmachung selbstständig den Krieg nach sich ziehen sollte. Eine große Reihe von Geschichtsforschern habe nicht nur festgestellt, daß Deutschland nicht die Alleinverantwortung trage, sondern daß vielmehr Serbien, Frankreich, England und Rußland den größten Teil der Verantwortung trügen. Die Revision des Versailler Vertrages hinauszuschieben, hieße daher ein Gewitter über Frankreich zusammenziehen, das eines Tages zum Ausbruch kommen müsse. Es handle sich nicht nur um eine Frage des Rechtes, sondern um den Weltfrieden. An dem Tage, wo Recht und Wahrheit triumphieren würden, werde ganz Europa aufatmen, weil erst dann die Gefahr eines neuen Krieges endgültig beseitigt sei.

Nach dem Abstimmungsrieg des Kabinetts Steeg.

Der französische Ministerpräsident will seine Verhandlungen fortsetzen.

Paris, 19. Dezember. Der Ausgang der Donnerstagssitzung der französischen Kammer, die mit einer schwachen

Mehrheit für die Regierung Steeg endete, wird in der Pariser Presse lebhaft besprochen. Während die Oppositionsblätter in dem Erfolg Steegs nur eine vorübergehende Erscheinung sehen, hofft die Mehrheitspresse, daß die bevorstehenden Weihnachtsferien dem Ministerpräsidenten Gelegenheit geben werden, seine Verhandlungen fortzusetzen, um die Grundlage seiner Regierung noch weiter nach der Mitte auszudehnen. Das dürfte ihm vielleicht insofern gelingen, als durch den kurz vor der Sitzung erfolgten Rücktritt des Pensionsministers und der beiden Unterstaatssekretäre sowie durch die noch freien Posten im Finanz- und Luftfahrtministerium den Wünschen der einen oder der anderen Gruppe entgegengekommen werden kann.

Wie jetzt bekannt wird, haben die Kommunisten bei der Abstimmung am Donnerstag nicht für die Regierung, sondern wie üblich gegen sie gestimmt. Tatsache ist jedoch, daß Ministerpräsident Steeg nicht ihnen, sondern allen interessierten Gruppen eine Amnestie in Elsaß-Lothringen versprochen hat.

Frankreich sollte zwischen Deutschland und Polen vermitteln.

Eine elssässische Stimme.

Die Straßburger „Elsaß-Lothringer Zeitung“ führt unter der Ueberschrift „Eine europäische Aufgabe“ aus: Die französische Regierung könnte entscheidend zu einer Entspannung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen beitragen, wenn sie ihren Einfluß in der Richtung eines Ausgleiches geltend machen wollte. Bisher ist aber leider das Gegenteil zu bemerken. Die französische Presse hat seinen republikanischen Gefühlen — inbetriff der Art der polnischen Wahlen — allseits einen verzeihenden Mantel umgehängt, da es sich ja um einen Bundesgenossen handelt, um den Marschall einer verbündeten Armee. Wir betonen unsere Ueberzeugung, daß Frankreich die Aufgabe hätte, an dem Aufbau der Verständigung zwischen Deutschland und Polen aufrichtig mitzuarbeiten, daß Frankreich besonderen Anlaß hat, auf ein dauerhaftes, freundschaftliches Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten zu bestehen. Ein ständig gereiztes, auf irgend eine Abhilfe sinnendes Deutschland ist auch für Frankreich selbst kein angenehmer Nachbar.

Nylov zurückgetreten.

Komno, 19. Dezember. Am Freitag abend überreichte der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion Nylov dem Präsidium des Volkzugeskomitees sein Rücktrittsgesuch. Seinen Rücktritt begründet Nylov mit seinem unbefriedigenden Gesundheitszustand. Das Präsidium des Volkzugeskomitees hat nach halbstündiger Beratung beschlossen, dem Gesuch stattzugeben. Gleichzeitig beschloß es zum Nachfolger Nylovs den ersten Gehilfen Stalin. Molotow zu ernennen.

Tagesneuigkeiten.

„Geschick der Großstadt“.

Dichter Nebel jentt sich über die Stadt. Die dunkle Fassade eines Warenhauses erglüh in tausendfärbigen Lichtern der neuzeitlichen Kellame. Aus der Tiefe des Nichts...

Die Musik endet mit einem schrillen Akkord. Zweifelhafte Eleganz drängt sich durch die Schiebetür, halbwüchsige Lehrlinge, hochaufgeschossene Badische, überreife Lebendamen...

In diesem Rummel schreit jemand „Musik“. Silhouettenhaft zeichnet sich die Gestalt des Einarmigen an der Säulenmauer scharf ab. Seine verzweifelt Gebärden und die kaum vernehmbaren Laute „Kauft Zündhölzer“...

Wie? das Gehalt dünkt Ihnen zu niedrig? A propo, wenn Sie mit 100 Ploth monatlich Ihren Lurus nicht bestreiten können, dann hm, ja bei Ihrer körperlichen Disposition... also schaffen Sie sich einen netten, distinguierten Freund an!

Wie bekannt, wird der Magistrat demnächst mit der Verteilung von Heizmaterial an Erwerbslose beginnen. Zu diesem Zweck wird vom 22. Dezember d. J. ab eine Registrierung durchgeführt. Registriert werden nur Personen, die eine Familie zu ernähren haben und die bis zum 15. Dezember im Arbeitsamt als erwerbslos registriert waren.

waren. Alleinstehende und kinderlose Ehepaare kommen für die städtische Heizmaterialbeihilfe nicht in Frage.

Die Registrierung erfolgt im Büro des Unterstützungsamtes für Erwerbslose, 28-go Pulk Strzelcomkaniowicki-Strasse Nr. 32, in der Zeit von 9 bis 14 Uhr in nachstehender Reihenfolge:

- Montag, den 22. Dezember — A, B, C, D, E, F;
Dienstag, den 23. Dezember — G, H, I(i), I(i);
Mittwoch, den 24. Dezember — K, L;
Sonnabend, den 27. Dezember — M, N, O;
Montag, den 29. Dezember — P, R, S;
Dienstag, den 30. Dezember — T, U, V, W, Z.

Die städtischen Angestellten wollen nicht auf das 13. Gehalt verzichten.

Gestern fand eine Sonder Sitzung des Delegiertenrates des Angestelltenverbandes der kommunalen und gemeinnützigen Betriebe im Zusammenhang mit der Frage des 13. Gehalts der städtischen Angestellten statt. Im Ergebnis der Diskussion wurde folgende Entschliessung gefasst: „Der Delegiertenrat stellt fest, daß das 13. Gehalt bereits ein zur Gewohnheit gewordener Bestandteil der Besoldung geworden ist und erklärt, daß die Angestellten auf keinen Fall und unter keinen Umständen auf diese ihnen zukommende Gebühr verzichten werden.“

Der Konflikt in der Gasanstalt beigelegt.

Wie wir bereits berichteten, war in der Gasanstalt deshalb ein Konflikt ausgebrochen, weil der Magistrat beschlossen hatte, den Gasanstaltsangestellten nur die Hälfte der sonst üblichen Weihnachtsgattifikation auszugeben. Nunmehr hat auf die Vorstellungen der Arbeiterverbände hin, der Magistrat sich einverstanden erklärt, die zweite Hälfte der Gratifikation nach den Feiertagen auszugeben.

Eine Beratungsstelle für Auswanderer.

Gestern fand eine Verwaltungssitzung der Lodzger Abteilung des Auswanderer-Instituts statt, in der Dr. Wieniewski und Rosset Bericht über die in Warschau stattgefundene Tagung erstatteten. Nach einer längeren Aussprache wurde der von den Vertretern auf dieser Tagung eingenommene Standpunkt gutgeheissen. Hierauf wurde die Frage der Schaffung einer Beratungsstelle für Auswanderer besprochen, die in der Kosciuszko-Allee 17 eröffnet werden soll.

Die Weihnachtserien in den Schulen.

Nach beendeter Unterrichtsbeginn heute in den Volks- und Mittelschulen die Weihnachtserien. In der jüdischen Schulen haben wegen des Sabbats die Ferien bereits gestern begonnen. Der Unterricht wird am 2. Januar nächsten Jahres wieder aufgenommen.

Der Dienst der Aemter.

Am Heiligen Abend werden alle Aemter, wie das Wojewodschaftsamt, die Stadtstaroste, die Staroste, das Korpsbezirkskommando, die Finanzkammer, die Büros der Selbstverwaltung, die Krankenkasse, bis 12 Uhr mittags

tätig sein. Die normale Arbeit wird am 27. Dezember früh wieder aufgenommen. (a)

Die Straßenbahn an den Feiertagen.

Wie alljährlich, so werden die Straßenbahnen in Lodz auch diesmal am Heiligen Abend bis 8 Uhr abends verkehren. Am ersten Feiertag wird der Straßenbahnverkehr vollständig stillliegen. Erst in der Nacht vom 25. zum 26. Dezember wird der Verkehr wieder aufgenommen werden. (b)

Geringe Nachfrage nach Christbäumen.

Die Christbaumverkäufer, die in Voraussicht eines schwachen Geschäfts in diesem Jahre weniger Bäume nach der Stadt brachten als in früheren Jahren, klagen darüber, daß sie selbst diese geringen Bestände nicht an den Mann bringen können. Ab gestern haben sie die Preise für die Christbäume herabgesetzt, gleichwohl aber ist die Zahl der Käufer sehr gering. Diese Erscheinung läßt sich auch in der Spiel- und Luxuswarengeschäften beobachten. (b)

Identitätszeugnisse.

Für die Erlangung eines Personalausweises ist die Vorlegung eines Geburtscheines erforderlich. Nur gibt es aber sehr viele Leute, die keinen Geburtschein besitzen und aus verschiedenen Gründen einen solchen auch nicht mehr erlangen können, namentlich diejenigen Personen, die aus Rußland stammen oder aus einer Ortschaft, in der die Zivilstandsbücher verloren gegangen sind. Um solchen Personen die Erlangung von Personalausweisen zu ermöglichen, kann der Magistrat sogenannte Identitätszeugnisse (akt znania) ausstellen, die sich auf die Aussagen zweier glaubwürdiger Zeugen gründen, welche letztere bestätigen, daß die in Frage kommende Person in diesem und diesem Ort, von den und den Eltern in diesem und diesem Jahre geboren ist. Von diesen Identitätszeugnissen sind Abschriften nicht erhältlich, da sie lediglich für die Erlangung eines Personalausweises bestimmt sind und daher zu anderen Zwecken keine Verwendung finden können. (b)

In die Hände von Mädchenhändlern geraten.

Vor einigen Jahren starb dem Lodzger Händler Pinski die Frau und er beschloß, sich abermals zu verheiraten, was auch nach einiger Zeit geschah. Seine sechzehnjährige Tochter Rosa sich indessen mit der Stiefmutter nicht vertragen, so daß es zwischen den beiden Frauen häufig zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Schließlich wurde der Tochter das Leben im elterlichen Hause untragbar, weshalb sie an eine in Argentinien lebende Verwandte schrieb und diese bat, sie zu sich kommen zu lassen. Die in der Ferne lebende Verwandte erklärte sich hiermit einverstanden und so reiste die Rosa Pinski vor einigen Monaten nach Argentinien ab. Vor einigen Tagen erhielt nun ihr Vater einen Brief von ihr, aus dem er den Schluß zog, daß seine Tochter in die Hände von Mädchenhändlern geraten sei, die ihre Unersahrenheit sich zunutze machten. Der trostlose Vater wandte sich daraufhin an die Auswanderergesellschaft, die sich ihrerseits an die argentinischen Behörden mit der Bitte wenden will, Nachforschungen über das Schicksal der Rosa Pinski anzustellen. (b)

Blutige Schlägerei zwischen Betrunknen.

Passanten der Agowiastrasse in der Nähe des Remont-Platzes waren gestern nachmittag gegen 3 Uhr Zeugen einer widerlichen Szene, deren „Haupthelden“ einige betrunkene Männer gewesen sind. Polizisten führten nach dem Polizeikommissariat drei vollkommen blutig geschlagene Männer, die scheinbar bei einer Schlägerei angetroffen wurden. Selbst in Anwesenheit der Polizisten schlugen sie noch immer in der rohesten Weise aufeinander ein. Auf das Kommissariat gebracht, wurde zu ihnen die Rettungsbereitschaft gerufen, die bei zweien so ernste Verletzungen feststellte, daß sie nach dem Bezirkskrankenhaus gebracht werden mußten. Es sind dies Stefan Broczek, Slowianka 17, und Artur Rudolf, Wojtowiska 20. (n)

DIE LICHTTRÄGERIN

ROMAN VON ERNEST BECHER
Copyright by Maria Feuchtwanger, Halle a. d. S.

Im Handumdrehen waren jedoch bald der junge Künstler und der Kunstliebhaber in ein Gespräch vertieft, das beide derart fesselte, daß sie nicht merkten, wie eine Stunde veronnen war, als Welsche eintrat und sich lächelnd an den Besucher wandte:

„Nun, habe ich Ihnen zuviel erzählt?“
„Gewiß nicht!“ gab der lebhaft zurück. „Ich bedauere nur, daß keine wirklichen Güsse vorhanden sind.“
„Ei, dem kann leicht abgeholfen werden!“ meinte der Professor. „Wenn es Sie interessiert, so werde ich Sie verkündigen, sobald Erlendach seinen Diskuswerfer gegossen hat. Und was die früheren Arbeiten betrifft —“
Er wies auf die Modelle, die Felix hervorgekommen hatte, zog Fleming am Rockknopf zu einem Fenster und sprach leise und eifrig auf ihn ein. Unterdes räumte Felix seine Arbeiten wieder in die Glasschränke zurück, in denen sie aufbewahrt gewesen waren.
Endlich wandten sich die beiden Herren ihm wieder zu. „Also es bleibt dabei!“ hörte er Fleming zu Welsche sagen, dann sprach der Besucher zu ihm:
„Ich hoffe, Sie werden mir gestatten, den fertigen Guß Ihres Diskuswerfers zu besichtigen, Herr Erlendach!“
„Es wird mir eine Ehre und ein Vergnügen sein!“

Fleming lächelte wohlwollend und verabschiedete sich von dem jungen Mann, der sich ins Atelier zurückbegab und an seinem Modell weiterarbeitete; seine Gedanken aber weilteten nicht bei der Arbeit.

Was hatte der Besuch Flemings zu bedeuten? Was das Interesse, das ihm dieser bezeugt? Wozu überhaupt hatte Welsche dem Kunstliebhaber von ihm erzählt? Waren die Worte, die der Professor vor ein paar Tagen zu Felix gesprochen, doch mehr gewesen als ein bloßer Trost? Würde ihm Fleming am Ende die Beteiligung an dem künstlerischen Wettbewerbe ermöglichen wollen, zu der Welsche ihn aufgefordert hatte?

Alle diese Fragen schossen Felix durch den Kopf, aber er wagte nicht, sie in für sich günstigem Sinne zu beantworten. Dennoch fühlte er, daß Flemings Besuch kein zufälliger gewesen war, und leise Hoffnung schwellte ihm die Brust. Als er Lotte wie gewöhnlich vom Konservatorium abholte, hatte er denn auch nichts Eiligeres zu tun, als ihr von Fleming und von den Mutmaßungen zu berichten, die er an das ihm erzeigte Interesse geknüpft hatte.

Die sanguinische Lotte jubelte, als der Verlobte seinen Bericht gendete.

„Wirft sehen, Felix“, rief sie, „dieser Fleming nimmt sich deiner an! Welsche hat ihm von dir nur erzählt, weil er erwartet hat, der Wägen würde sich dir günstig erweisen, sicher ist es so! Nun wirst du deine Preisarbeit doch schaffen können und ein berühmter Mann werden!“

Felix schüttelte lächelnd das Haupt, doch insgeheim hoffte er, daß Lotte recht behalten möchte.
„Mit Papa habe ich noch nicht sprechen können“, setzte das Mädchen fort. „Ich treffe mit ihm jetzt nur beim Nachimale zusammen. Zu Mittag kommt er gar nicht nach Hause, er hat riesig zu tun, die Fabrik muß sehr gut

gehen, weil Papa jetzt so wenig Zeit hat. Des Abends ist er dann so müde und abgepannt, daß er sich immer gleich nach dem Essen zurückzieht.“

Der junge Mann ahnte, daß es durchaus nicht der gute Geschäftsgang war, der die Zeit des Fabrikanten derart in Anspruch nahm. Zudem er hütete sich, seine Gedanken laut werden zu lassen.

Felix ging mit seiner Vermutung wirklich nicht irre, der Fabrikant war den ganzen Tag über auf der Jagd nach Geld.

Vormittags suchte er die Banken auf und konferierte mit den Direktoren. Man empfing ihn höflich und schien im Anfang der Unterredung nicht abgeneigt, auf seine Wünsche einzugehen. Wenn man aber auf die Sicherheiten zu sprechen kam, die Marhold bieten konnte, und hörte, daß das Fabrikgebäude schon belastet war, dann wurden die Beamten zurückhaltender, sie rechneten, kalkulierten und prüften und gelangten schließlich stets zu einer Abweisung, die meist mit kaltem Bedauern, manchmal aber auch in schrofferer Art erteilt wurde.

Nachmittags fuhr Marhold von einem Bekannten zum andern und versuchte bei ihnen sein Glück. Aber es ging ihm bei diesen nicht besser als bei den Bankleuten. Ueberall begegnete er bedauerndem Achselzucken. Man wies auf die allgemeine Stagnation im Geschäftsleben hin und speiste ihn mit leeren Redensarten ab, Geld erhielt er nirgends.

Die demütigenden und noch dazu vergeblichen Wittgänge zerrten und rissen an Marholds Nerven. Er verbrachte die Nächte schlaflos, seine Wangen wurden blaß, bläuliche Schatten lagerten um seine Augen und sein Blick wurde scheu und matt, kaum noch berührte er die Speisen, die Liese beim Abendmahl auftrug.

(Fortsetzung folgt.)

Eiferjuchtsdrama.

In der Czestochowska 18 wohnt die Familie Kurzewski, die vor einiger Zeit ihre Tochter Stanislawka an den 31 Jahre alten Alexander Rajski verheiratet hatte.

In einer fremden Wohnung verprügelt.

Murde der in Neu-Plotno, Jezwicka 24, wohnhafte 31jährige Saisonarbeiter Stanislaw Wachowski, dem bei einem Trinkgelage in der Szerebrzynska 35 Schnittwunden am Kopfe, an der Schulter sowie eine Stichwunde an der rechten Hand beigebracht wurden.

Ueberfahren.

In der Rzgowska-Straße wurde die 7jährige Olga Zimmermann, die sich auf dem Wege zur Schule befand, beim Ueberfahren des Fahrdammes von einem Wagen überfahren.

Beim Eislaufen ertrunken.

Der 11 Jahre alte Jan Polodziejczyk aus dem Dorfe Lubien im Kreise Lask begab sich gestern auf einen nahen Teich, um auf dem Eise zu laufen.

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

A. Potasz, Plac Koscielny 10; A. Charemza, Pomorska 10; E. Müller, Piotrkowska 46; M. Epstein, Piotrkowska, 225; J. Gorczynski, Przejazd 59; S. Antoniewicz, Fabianicka 50. (p)

Aus dem Gerichtssaal.

Ein 74jähriger Wüstling vor Gericht.

Vor dem Lodzger Bezirksgericht in Lodz hatte sich gestern der 74jährige Theodor Menzel wegen Vergewaltigung einer Unmündigen zu verantworten.

Das Nachspiel einer Mausei.

Anfang Oktober dieses Jahres brachte ein gewisser Wladyslaw Wisniewski bei der Polizei zur Anzeige, daß während einer Namensstagsfeier, die sein Bruder Jan Wisniewski seiner Geliebten Janina Komalka veranstaltet habe, ein Mord verübt worden sei.

Auch ein „schmäuziger“ Arbeiter muß zweiwöchentlich gelübdigt werden.

Vor dem hiesigen Arbeitsgericht war der Arbeiter Antoni Paszkiewicz klagbar geworden, der aus der Arbeit entlassen worden war, da wie der beklagte Brotgeber angab, er „schmäuzig“ gewesen sei.

Kunst.

„Die Kleinodien von Lodz“ im „Dobry Wieczor“. Das beste vom Theater „Dobry Wieczor“ bisher Gebotene dürfte unstreitig die Revue „Die Kleinodien von Lodz“ sein.

Sport-Turnen-Spiel

Korbball.

A. S. Heute nachmittag um 5 Uhr findet im Turnsaale des Deutschen Gymnasiums die Fortsetzung der Spiele um den Triumph-Pokal statt.

Im Damennehballe begegnen sich heute Hasmona-Geyer und LKS. Das Ergebnis dieses Spiels bleibt jedoch ohne Einfluß auf die Gruppierung, da LKS schon seine beiden Spiele gewonnen und sich für das Finale qualifiziert hat.

Reges Interesse wird der Begegnung des Meisters von Lodz J. K. Pozanski — Triumph entgegengebracht, obwohl der Ausgang dieses Treffens die Position des LKS nicht mehr gefährden kann.

Fusion dreier Lemberger Sportvereine.

In Lemberg haben sich die drei jüdischen Vereine Futrzanka, Amateurs und Bar-Kochba fusioniert und werden fortan unter dem Namen Futrzanka weiter tätig sein.

Sein letzter Erfolg.

Der polnische Professionalboxer Ran gab in Neuport sein Debut in der Madison Square Garden und schlug den guten Amerikaner Tee Wee Jewella vor 30 000 Zuschauern in der 6. Runde 1. o.

Der polnische Sportklub in Berlin

trug gegen Berliner B-Klasse zwei Spiele aus, die unentschieden endeten. Die Ergebnisse waren folgende: gegen den S. C. Zentrum Berlin 1:1, das gleiche Resultat wurde auch gegen den Ballspielklub Rubersdorf erzielt.

Eine Dame fährt Autoweltrekord.

Die bekannte englische Rennfahrerin Frau Stewart, die schon eine ganze Reihe von internationalen Autoweltrekorden an sich gebracht hat, stellte auf der Autorennbahn von Linas-Monthery bei Paris einen neuen Weltrekord über 20 englische Meilen (16 093 Kilometer) für alle Kategorien auf.

Eislaufmeisterschaften in Europa.

Die Europameisterschaften im Eiskunstlaufen für Herren werden am 24. Januar 1931 in Wien ausgetragen. Zwischen dem 31. Januar und 1. Februar werden in St. Moritz die Europameisterschaften im Paarlaufen und Kunstlaufen der Damen und schließlich am 7. und 8. Februar in Stockholm die Europameisterschaften im Eiskunstlaufen ausgetragen.

Am Scheinwerfer.

Wer will Henker werden?

Für Leute, denen es Freude macht, Köpfe rollen zu sehen, werden fast gleichzeitig zwei Posten frei. Der Prager Scharfrichter Broumarsh ist wegen unbedachter Aeußerungen, die nach Ansicht seiner vorgesetzten Behörde geeignet waren, das Ansehen des Henkerstandes herabzusetzen, seiner Stelle enthoben worden.



Parlamentseröffnung mit Tränengas.

Während der Eröffnung des Repräsentantenhauses in Washington (Amerika) versuchten Arbeitslose in das Parlamentsgebäude einzudringen. Die Polizei schritt ein und ließ in die Menge der Arbeitslosen Tränengas austreten.

Radio-Stimme.

Sonnabend, den 20. Dezember.

Polen.

Lodz (233,8 M.). 12.05, 16.30 und 19.25 Schallplatten, 16.45 Konzert junger Kräfte, 17.45 Kinderstunde, 18.45 Verschiedenes, 19.35 Radiostimme, 20.30 Leichte Musik, 22.15 Liedkonzert, 22.35 Nachrichten.

Warschau und Krakau. 15.50 Vortrag, 16.30 Schallplatten, 16.45 Konzert junger Kräfte, 17.45 Kinderstunde, 20 Feuilleton: „Das deutsche Theater von heute“, 20.30 Unterhaltungskonzert, 22.15 Liedkonzert, 23 Tanzmusik.

Posen (896 Hg, 335 M.). 17.25 Journalistischer Vortrag, 17.45 Konzert für die Jugend, 18.45 Konzert, 20.30 Unterhaltungskonzert, 22.30 Tanzmusik.

Ausland.

Berlin (716 Hg, 418 M.). 14 Schallplatten, 15.20 Jugendstunde, 16.30 Unterhaltungsmusik, 18 Kinderdarstellung, 19.15 Karl Wiener: Sechs Orchesterlieder, 19.40 Orchesterkonzert, 20.30 Heiterer Abend, anshl. Tanzmusik.

Breslau (923 Hg, 325 M.). 15.35 Kinderzeitung, 16 Unterhaltungskonzert, 18.10 und 19.25 Heitere Abendmusik, 22.30 Tanzmusik.

Wien (581 Hg, 517 M.). 12 Mittagskonzert, 15.25 Schallplatten, 17.15 Kammermusik, 18 Stunde der Jugend, 19.35 Unterhaltungskonzert, 20.30 Weihnachtskomödie: „Heim fünden“, 22.10 Abendkonzert.

Heutige Konzerte.

Im Rahmen der am heutigen Sonnabend veranstalteten „Gala für junge Talente“ spielt der junge Pianist Alexander Kagan vor dem Mikrophon, der in diesem Jahre das Warschauer Konservatorium absolviert hat, sowie die junge Sängerin Jadwiga Hoppe.

Heutige Vorträge und Plaudereien.

Am heutigen Sonnabend um 20 Uhr spricht der Korrespondent mehrerer Kunstzeitschriften Gerhard Krause über den Geist des neuzeitlichen deutschen Theaters.

Detektor für Bloth 35.

komplett mit Antenne u. Hörer empfiehlt als Weihnachtsgeschenk das elektrotechn. Büro P. SCHULTZ, Andrzejka Nr 9, Tel. 134-06

Aus dem Reiche.

Konstantynow. Außerordentliche Erwerb-
lojenunterstützungen zu Weihnachten. Vor-
gestern sprach eine Delegation Arbeitsloser in Konstanty-
now mit dem Konstantynower Bürgermeister Dolecki an der
Spitze im Wojewodschaftsamt vor und bat den Wojewoden
Jaszczyk, sich bei den zuständigen Behörden um Bewillig-
ung einer außerordentlichen Weihnachtsunterstützung zu
bemühen. Der Wojewode versprach der Abordnung, daß er
bereit sei, sich für diese Angelegenheit im Sinne der Bitt-
steller zu verwenden. In Anbetracht dessen hat der Kon-
stantynower Magistrat bereits eine Registrierung der für
eine außerordentliche Erwerblosenunterstützung zu Weich-
nachten in Frage kommenden Arbeiter durchgeführt. Regi-
striert wurden über 700 Personen.

Sitzung des Stadtrats. Die Mittwoch-
sitzung des Stadtrats hatte großes Interesse unter dem Pu-
blikum wachgerufen, und die Räume des Magistrats waren
bis in den Sitzungssaal mit Neugierigen angefüllt. Größ-
tenteils waren es Parteileute, welche gekommen waren, um
die Tätigkeit ihrer Auswärtigen zu beobachten; die in der
Opposition stehenden Stadtverordneten gaben sich besondere
Mühe, ihr Licht leuchten zu lassen. Es kamen Anträge,
welche zeigen sollten, wie die W.M.-Demica und Verbände
auf das Wohl der Arbeiterschaft bedacht ist, die in der
Wirklichkeit aber nur auf Demagogie aufgebaut waren und
dazu dienen sollten, die Arbeiterschaft gegen den Magistrat
und die Stadtmehrheit aufzuheben. Der einigermaßen
verständige Arbeiter wird aber auf diesen Leim nicht mehr
gehen und wird selbst einsehen, daß seine Interessen von
der Mehrheit und dem Magistrat gewissenhaft vertreten
werden. Den besten Beweis für die eifrige Tätigkeit der
„auswärtigen“ Stadtverordneten der Opposition gibt schon
der Umstand, daß sie bis jetzt auf keiner Sitzung zugegen
waren, denn die geringfügigsten Ursachen wurden als Grund
zum Verlassen der Sitzung erklärt. Diesmal ging die
Sitzung normal zu Ende. — Den Vorsitz führte Bürger-
meister Dolecki. Es waren 22 Stadtverordnete und sämt-
liche Magistratsmitglieder anwesend. Gleich zu Beginn der
Sitzung stellte der Stadtverordnete Staszewski den Antrag,
der Magistrat möge sich bemühen, von den Behörden eine
einmalige Unterstützung für die Arbeitslosen in der Höhe
von 20 Zloty für eine einzelne Person und 30 Zloty für
eine Familie zu erwirken. Sollte die Regierung keine Gel-
der für diesen Zweck vor den Feiertagen anweisen, dann
soll die Auszahlung aus der Stadtkasse erfolgen. Der Bür-
germeister wies in einer längeren Aussprache auf die Un-
sinnigkeit und Demagogie des eingelaufenen Antrages hin.
Er gab die Erklärung, daß die Annahme dieses Antrages
geschwärzlich sei, da die Erteilung von Subsidien nur der
Stadtkasse vorbehalten ist. Außerdem ist es jedermann be-
kannt, daß die Stadtkasse nicht über solche Summen ver-
füge, um derartige Auszahlungen vorzunehmen, wozu bis

10 000 Zloty nötig sind. Uebrigens war der Bürgermeister
mit einer Arbeiterdelegation in der Wojewodschaft, um eine
Unterstützung zu erwirken. Dort wurde ihnen das Ver-
sprechen gegeben, daß noch vor den Feiertagen ein Sub-
sidium überwiesen werden wird. Hierauf gelangten die
Punkte der Tagesordnung zur Erledigung. Die Gesellschaft
der elektrischen Zufuhrbahnen soll ersucht werden, die Weiche
an der Lodystraße vererzt umzubauen, daß die Schienen
auf der Chaussee hinübergeleitet werden sollen. Außerdem
wurde beantragt, an die Verwaltung der Zufuhrbahngesell-
schaft die Forderung zu stellen, den städtischen Tarif bis zur
Karolstraße zu berechnen. Hierauf gelangte die Schenkung
eines Platzes zur Vergrößerung des evangelischen Fried-
hofes zur Verhandlung. Der Magistrat sprach sich ein-
stimmig für die Schenkung aus, mit der Bedingung, daß er
nur zum Friedhof verwendet werden darf und alle durch
die Schenkung entstehenden Kosten, wie Ausmessung und
notarielle Verschreibung, von der evangelischen Gemeinde
getragen werden. Auch die Verschiebung einiger Positionen
im Budget sowie die Einführung der Verbesserungen zum
Emeritaletat der städtischen Angestellten wurden einstimmig
angenommen. Die Angelegenheit der Anrechnung der
Dienstjahre der im Magistrat beschäftigten Angestellten
konnte nicht erledigt werden, da einige von ihnen die nöti-
gen Beweise noch nicht beschaffen konnten, und darum wurde
dieser Punkt von der Tagesordnung genommen. Es wurde
noch der Antrag eingebracht, an die Gesellschaft der elektri-
schen Zufuhrbahnen die Forderung zu stellen, bis zum 1.
Januar eine Wartehalle fertigzustellen oder andernfalls die
Züge alle 15 Minuten kurtieren zu lassen. Diese Angelegen-
heit wurde dem Magistrat zur Ausführung überwiesen.
Weitere Forderungen, wie Ausbesserung von Straßen, der
Brücke über die Dombrowa u. a. wurden dem Magistrat
überwiesen. Um 10 Uhr abends schloß der Vorsitzende die
Sitzung.

Melkandrow. Erwerblosenunterstützun-
gen. Hier finden täglich vor dem Magistratsgebäude
Kundgebungen der Arbeitslosen statt, die Feiertagsunter-
stützungen verlangen. Das Ergebnis der Bemühungen des
Bürgermeisters Andrzejak entspricht nicht den Wünschen der
Arbeitslosen, weil diese nicht mehr zum Weihnachtsfest, son-
dern erst nach Ablauf von zwei Wochen irgendwelche Unter-
stützungen erhalten werden. (b)

Petrkau. Diebe im Porzellanladen. Vor-
gestern nachts drangen in den Porzellanladen von Jsaak
Wiernik, Rycerka-Straße 2, Diebe ein und stahlen verschie-
dene Porzellanwaren. Die von dem Diebstahl in Kenntnis
gesetzte Polizei leitete sofort eine Untersuchung ein, die zur
Verhaftung der Diebe führte. Es sind dies die Petrikauer
Einwohner Tadeusz Jaskulowski, Grodzka 3, und Tadeusz
Miedzisterki, Szpitalna 20. Die Beute konnte ihnen ganz
abgenommen werden.

Uel. Ungewöhnlicher Diebstahl. Vor-
gestern um 9 Uhr abends fuhr vor dem Büro des landwirt-

schafilichen Syndikats eine Droschke vor, die am Seiten-
eingang des Büros hielt und der drei Personen entfielen.
Die Ankömmlinge öffneten vor den Augen der Passanten
mit mitgebrachten Nachschlüsseln die Tür des Büros und
trugen die feuerfeste Kasse heraus, verladen diese und fuhr
mit ihr davon. Der Diebstahl wurde eine Stunde später
entdeckt und eine Untersuchung eingeleitet, die jedoch ergeb-
nislos verlief. In der Kasse befanden sich 3000 Zloty in
bar und Kundenwechsel auf die Summe von etwa 60 000
Zloty.

Warschau. Festnahme eines gefährlichen
Banditen. Der auf einem Rundgang befindliche Poli-
zist Filal stieß in der Bialolenka-Straße auf einen Mann,
der einen vollen Sack trug. Er hielt den Mann an, um
den Inhalt des Sackes zu prüfen. Der Mann warf den
Sack auf den Boden, zog aus der Tasche einen Revolver und
schuß auf den Polizisten. Der Polizist griff gleichfalls zur
Waffe, um sich zu verteidigen. Es gelang ihm, den Bandi-
ten zu überwältigen und festzunehmen. Auf dem Polizeiamt
stellte es sich heraus, daß es sich um den der Polizei gut
bekannten Banditen Josef Korzen handelt, der u. a. am
Ueberfall auf das Magazin von Walencja Kobuszyńska in
Plubdy bei Warschau am 4. d. Mts. teilgenommen hat.

Rosen. Im Alkoholrausch ein Mädchen
totgefahren. Auf dem Bierzbiencie-Platz fuhr die
vom Chauffeur Stanislaw Czajka gesteuerte Autodroschke
Nr. 146 auf den Bürgersteig, überfuhr ein Mädchen und
blieb im Schaufenster eines Lebensmittelabens stehen. Das
Mädchen — eine Beamtin des städtischen Schlachthauses —
erlitt so schwere Verletzungen, daß es einige Minuten
nach der Einlieferung in das Krankenhaus verstarb. Wie es
sich herausstellte, war der Chauffeur der Autodroschke be-
wußtlos betrunken. Das Publikum, das diesem Vorfall bei-
wohnte, versuchte den gewissenlosen Kraftwagenführer zu
lynchen, woran es jedoch durch die eingreifenden Polizei-
beamten, die sich des betrunkenen Chauffeurs annahmten,
verhindert wurde. Czajka wurde den Gerichtsbehörden zur
Verfügung gestellt.

Kattowiz. Ein betrunkenen Chauffeur
verursacht eine furchtbare Katastrophe. Vor-
gestern nachmittags ereignete sich auf der Eisenbahnüber-
fahrt bei Welnowic eine furchtbare Katastrophe, der drei
Personen zum Opfer gefallen sind. Das Personauto der
Schmalenbergischen Litrabrik, das von dem stark angehei-
terten Chauffeur Jan Kiszka gesteuert wurde, überrannte
die gesperrte Bahnbrücke und blieb auf dem Eisenbahn-
gleis stehen. In diesem Augenblick kam ein Zug heran-
gebraust und überfuhr das Auto. Der Inhabert der Firma
Schmalenberg, Jerzy Woloch, der im Auto saß, war auf der
Stelle tot. Der zweite Inhabert des Fahrzeuges Herbst und
der Chauffeur Kiszka erlitten so schwere Verletzungen, daß
sie auf dem Wege nach dem Krankenhaus starben.

**Die Steuerschulden des Fürsten von
Pleß.** Im Zusammenhang mit den Meldungen Berliner
Blätter über die Schwierigkeiten des Bergbaukonzerns des
Fürsten von Pleß wird mitgeteilt, daß der Fürst von Pleß
dem polnischen Staatschatz an Steuern für die Zeit vom
Jahre 1925 bis 1929 ungefähr 13 Millionen Zloty schulde.
Außerdem ist die Verwaltung der Pleßschen Domänen dem
Staatschatz an Einkommensteuern für das laufende Jahr
2,5 Millionen Zloty schuldig. Das Gesamtvermögen des
Fürsten in Polnisch-Oberschlesien wird von Fachleuten auf
700 bis 800 Millionen Zloty berechnet. Dem Fürsten Pleß
gehören 67 größere Objekte, darunter 40 000 Hektar Land
und Wald, 2 Bierbrauereien sowie 10 Gruben.

„Oberschlesien ist doch eine alte deutsche Kolonie“

**Das Ende eines Sensationsprozesses. — Der angebliche Pilsudski-Ausspruch.
Der „Beleidiger“ Pilsudski in zweiter Instanz freigesprochen.**

Vor dem Kattowitzer Appellationsgericht gelangte am
vergangenen Mittwoch das Berufungsverfahren in dem be-
kannten Sensationsprozeß gegen den ehemaligen Eisenbahn-
ner Peter Fuhl zur Verhandlung, der in erster Instanz
wegen Beleidigung des Marschalls Pilsudski zu einem hal-
ben Jahr Gefängnis verurteilt wurde.

Peter Fuhl, welcher jetzt in Königshütte wohnhaft ist
und vorher in der Ortschaft Groß-Weichsel ansässig war,
ergriff auf einer Wahlversammlung der Korjanty-Partei
als Diskussionsredner das Wort und ließ dort verlauten,
daß seinerzeit, als die polnischen Oberschlesier um die Zu-
teilung Oberschlesiens und um ihre Freiheit kämpften, Mar-
schall Pilsudski sich damals davon „noch nichts träumen
ließ“. Damals hätten gewisse Persönlichkeiten noch unter
dem Denkmal der Kaiserin Katharina von Rußland gestan-
den und dort Ehrenkränze niedergelegt. Delegierte aus
Oberschlesien, die Pilsudski in seiner bekannten lässigen Hal-
tung empfangen habe, hätte er folgendes erklärt:

**„Nach Oberschlesien gelüftet es Euch, das ist eine un-
mögliche Sache. Oberschlesien ist doch eine alte deutsche
Kolonie!“**

Diese Prozeßsache wurde im Berufungsverfahren einige
Male vertagt und wichtige Zeugen vorgeladen. Bemerkens-
werte Aussagen machte bei der Mittwoch-Verhandlung der
Musikdirigent Lemandowski in der Eigenschaft als Haupt-
zeuge. Er erklärte, daß er in der Aufstiegs- und Pleßsitz-
zeit des öfteren Delegationen angehörte, die von Warschau
Hilfe erheischten, um die Einverleibung Oberschlesiens zu
erwirken. Seitens des damaligen Staatsverweisers (Ma-
czelnik Panstwa) Pilsudski wären die Delegierten im Ver-
gleich zu den Empfängern an allen anderen Stellen weniger
zuvorkommend empfangen worden. Man schilderte die Lage
der Gefangenen im ersten ober-schlesischen Polenaufrast und
hatte weitere Wünsche.

Pilsudski hörte sich nach den Aussagen des Zeugen alles
in einer typisch lässigen Haltung an, drehte entweder
seine Zigarette, lag lang ausgestreckt auf dem Kanapee
oder spielte ununterbrochen seine Billardpartie zu
Ende. Er bemerkte unter anderem in bezug auf die

Gefangennahme von Aufständischen, daß das alles
schon leicht möglich sei, er habe übrigens schon aller-
hand Greuelkaten in seinem Leben gesehen! Irrend-
eine Hilfe könne er nicht gewähren, da er durch Ver-
träge mit Deutschland gebunden sei.

Weiter bemerkte der Zeuge, daß Äußerungen bezüglich
der „alten deutschen Kolonie“ ebenfalls gefallen seien, nur
könne er sich an den eigentlichen Wortlaut nicht mehr gen u
erinnern. Jedenfalls wurde in Kreisen der polnischen In-
telligenz, er wolle nur den jetzigen schlesischen Bischof Dr.
Adamski, ferner den später auf tragische Weise zu Tode ge-
kommenen Geistlichen Popiech und den bekannten Wolski
nennen, erregt darüber diskutiert. Auch in den weiteren
polnischen Bevölkerungskreisen hätte diese Ansicht allgemei-
nes Erstaunen hervorgerufen. Man war allgemein erbittert,
nur Korjanty und der damalige Prälat Dr. Adamski hätten
die Masse aufgemuntert, unbeirrt auf das Ziel loszusteuern
und durchzuhalten. Schließlich führte Zeuge Lemandowski,
dessen Ausführungen im Gerichtssaal großen Eindruck mach-
ten, noch aus, daß viele von den heutigen polnischen Kon-
servativen, die bekanntlich durchweg im Sanacjalager zu
finden sind und sichere und gute Posten in dem zugeeilten
ober-schlesischen Gebiet erhalten haben, ehedem tatsächlich
Organisationen angehörten, die am Grabe der russischen
Kaiserin Kränze niederlegten.

Zwei weitere wichtige Zeugen, der Abgeordnete So-
finski und ein gewisser Mazyn, bestätigten zum weitans
größten Teil die Aussagen des Lemandowski. Der Vertei-
diger von Peter Fuhl, Rechtsanwalt Dr. Tempka, stellte
noch den Antrag auf Vernehmung des schlesischen Bischofs
doch wurde diesem Antrag nicht stattgegeben. Das Gericht
sah nach Durchführung der Beweisaufnahme eine Schuld
von Peter Fuhl, der ehedem im Eisenbahndienste stand,
dann aber nach Wolhynien vererzt werden sollte und daher
den Dienst als Eisenbahngestellter aufgab, als nicht vor-
liegend an und sprach den Beklagten nach Aufhebung des
Urteils erster Instanz daher frei.

Bezüglich der Behauptung über Kranzniederlegungen
am Denkmal der russischen Kaiserin erfolgte Einstellung des
Verfahrens.

Deutsche Sozial. Arbeitspartei Polens.

Ortsgruppe Nowo-Zlotno. Sonnabend, den 20. Dezem-
ber, um 7 Uhr abends, findet im Parteilokal, Cyganka, eine
Vorstandssitzung statt. Da wichtige Besprechungen sowie auch
die Abrechnung auf der Tagesordnung stehen, ist ein voll-
zähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Bobz-Zentrum. Montag, den 22. Dezember, um 7 Uhr
abends, findet im Parteilokal, Petrikauer 109, eine Vorstands-
sitzung statt. Vollzähliges Erscheinen der Vorstandsmitglieder
ist unbedingt notwendig.

Deutscher Sozial. Jugendbund Polens.

Ruda-Tabianicka. Heute, Sonnabend, kommen die Kin-
der um 5 Uhr abends im Parteilokal zur Vortragsprobe.
7 Uhr abends Vortragsprobe der Jugendlichen. Sonntag,
9 Uhr früh, kommen alle Kinder zur Generalprobe des Weich-
nachtsfestspiels. — Donnerstag (1. Weihnachtstfesttag) um
3 Uhr nachmittags feiert die Kindergruppe ihr Weihnachtst-
fest. Vorträge der Kinder und verschiedene Ueberrassungen
sind im Programm vorgesehen. Wer einige frohe Stunden
im Kreise der Kinder verbringen will, wer sehen will, wie in
unserer Bewegung Weihnachten gefeiert wird, der komme zu
diesem Weihnachtstfest. Im Parteilokal Gorna 43.

Deutscher Kultur- und Bildungs-Berein „Fortschritt“.

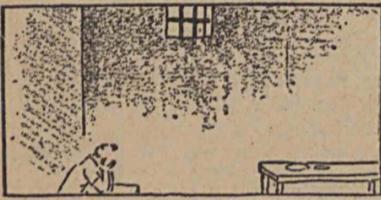
Schachsektion. Am Sonntag, den 21. d. Mts., vormittags
11 Uhr findet im Lokale Petrikauer 109 eine Vorstandssitzung
statt. Vollzähliges Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist
Pflicht.

Gemischter Chor. Montag, abends 7.30 Uhr, findet die
übliche Gesangsübung statt. Da die Lieder für das Weich-
nachtsfest geübt werden sollen, wird um vollzähliges und
pünktliches Erscheinen der Sänger gebeten.

**Willst Du über die Strafe geh'n,
mußt erst links, dann rechts Du seh'n!**

15. Februar 7 Uhr Abends

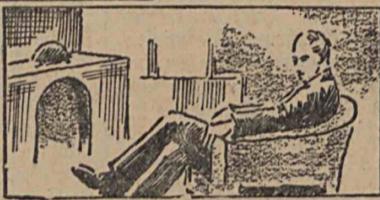
Roman von Paul Giemos.



Erstes Kapitel:
Aufsatz zu einer sensationellen Gerichtsverhandlung.



Zweites Kapitel:
Er oder Sie?



Drittes Kapitel:
Haben Sie schon einmal geliebt? — und einige ähnliche Fragen.



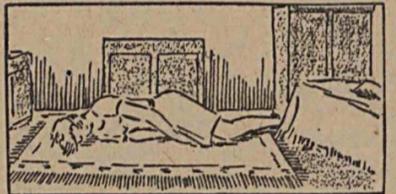
Viertes Kapitel:
Plädoyer, die sie nicht erreichten.



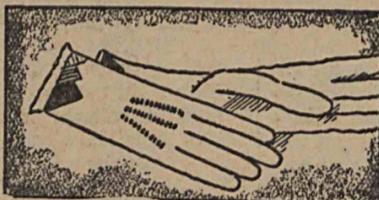
Fünftes Kapitel:
Fräulein Vera Reese meldet sich zur Stelle.



Sechstes Kapitel:
An Frauen erlebt man seine Ueber-
raschungen.



Siebentes Kapitel:
Vera Reese bereitet Schwierigkeiten.



Achstes Kapitel:
Ein Handschuh wird zum Fehde-
handschuh.



Neuntes Kapitel:
Auch der Korzkieher bereitet Schwierig-
keiten.



Zehntes Kapitel:
In jedem anständigen Kriminalfall
müssen Fingerabdrücke eine Rolle
spielen.



Elftes Kapitel:
Die Polizei beherrscht die Situation.



Zwölftes Kapitel:
Drei Paare „strengen sich“.

Nationaler Mißtrauensantrag gegen Dr. Braun abgelehnt.

Berlin, 19. Dezember. Der preußische Landtag lehnte am Freitag den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Dr. Braun und den Innenminister Severing, der mit der Stellungnahme der Minister zum Remarque-Film begründet war, in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 18 Stimmen bei zwei Enthaltungen ab.

Kommunistentravalle in Duisburg.

Duisburg, 19. Dezember. Die Kommunisten veranstalteten Donnerstagabend in der Tonhalle eine Kundgebung, die aber von der Polizei aufgebrochen wurde, weil einer der Redner Verleumdungen gegen das Republikanengesetz begangen hatte. Als Polizeibeamte eingriffen, wurden ihnen Stühle, Gläser und andere Gegenstände entgegengeworfen. Bei den Ausschreitungen wurden 7 Personen festgenommen. Im Anschluß an die Auflösung kam es in der unteren Stadt am Marienort zu Ansammlungen, die jedoch von einem starken Polizeiaufgebot zerstreut wurden. Eine Durchsuchung der Straßenpassanten nach Waffen hatte den Erfolg, daß mehrere Stiefel, Schlagringe, Messer und auch eine Pistole gefunden wurden. Als mehrere auf einem Kraftwagen befindliche Beamte von der Menge mit Steinen beworfen wurden, gaben die Beamten einige Schreckschüsse ab. Die Tumulte dauerten einige Stunden und hatten gegen 22 Uhr ihr Ende erreicht.

Eine chinesische Anleihe zum Kampf gegen die Kommunisten.

London, 19. Dezember. Der chinesische Finanzminister Soong ist mit einer Reihe von Banken in Verbindung getreten, um eine neue 60 Millionen-Silberdollar-Anleihe zur Finanzierung des Kampfes gegen die Kommunisten aufzunehmen. Die Behörden in Nanjing schätzen, daß der Feldzug mindestens 5 Millionen Silberdollar monatlich kosten wird.

Neue Zollmauern um Chile.

Berlin, 19. Dezember. Die chilenische Regierung hat durch Verordnung vom 1. Dezember Zollerhöhungen um 35 und 20 v. H. für etwa 450 Posten vorgenommen. Die Erhöhungen treten 60 Tage nach Unterzeichnung in Kraft. Die Maßnahme wird mit der Gefahr vermehrter Arbeitslosigkeit und mit dem notwendigen Schutz gegen ausländischen Preisabbau begründet.

Neuer Konflikt zwischen Persien und der Türkei.

London, 19. Dezember. Zwischen der Türkei und Persien droht ein neuer Konflikt auszubrechen. Das türkische Regierungsblatt meldet, daß die persische Regierung mehrere verhafteten Kurdenführer, die bei dem Aufstand im Sommer an der persisch-türkischen Grenze festgenommen wurden, wieder freigelassen habe. Ferner werde Persien beschuldigt, die Kurdenstämme an der türkischen Grenze wieder bewaffnet zu haben. Das Blatt schreibt, daß in armenischen türkischen Kreisen die Lage als ernst angesehen werde. Die türkischen Grenztruppen seien angewiesen worden, alle Aufstandsversuche der Kurden energisch zu bekämpfen. Im Notfall sollten die Grenztruppen bei der Verfolgung die persische Grenze überschreiten.

Der Gewerkschaftskongress und die englische Arbeitslosenversicherung.

London, 18. Dezember. Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses hat beschlossen, dem Ministerpräsidenten Macdonald durch eine Abordnung seine Kritik an der Behandlung der Arbeitslosenversicherung vorzutragen zu lassen. Die Kritik wendet sich gegen die von der Regierung vorgenommene Einsetzung einer königlichen Kommission für Untersuchung des großen Arbeitslosenversicherungsproblems und insbesondere zur Sanierung des Fonds dieser Versicherung. Die Unzufriedenheit der Gewerkschaften mit der Regierung, die hier zum Ausdruck kommt, wird vor allem durch das Zögern der Regierung genährt, das versprochene Abänderungsgesetz zu dem Baldwin'schen Antigewerkschaftsgesetz einzubringen. Man hofft jedoch, daß dies noch vor Weihnachten, also in den nächsten Tagen, geschehen wird. Ehe der genaue Text nicht vorliegt, läßt sich nicht sagen, ob die Gewerkschaften damit zufrieden sein werden oder ob die Liberalen es unterstützen werden. Die Schwierigkeiten der Regierung bestehen darin, daß das eine fast das andere ausgleiche.

Befriedigung über das neue englische Gewerkschaftsgesetz.

London, 19. Dezember. Der „Daily Herald“ äußert sich zu dem neuen englischen Gewerkschaftsgesetz. Er stellt mit Befriedigung fest, daß das von der Regierung Macdonald geplante Gesetz in fast allen Punkten für die englischen Gewerkschaften annehmbar sein werde. Unter anderem sei in dem Gesetz vorgesehen, daß Guthaben der

Ein Goldmacher vor Gericht.

Verschiedene reiche Leute um Einviertel Million Mark geprellt. — Er machte aus Kalk und Wasser Benzin, aus Blech Gold. — Zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Düsseldorf, 19. Dezember. Am Freitag begann vor dem erweiterten Schöffengericht in Düsseldorf der Prozeß gegen den „Goldmacher“ Heinz Kirschildgen aus Hilden bei Düsseldorf. Die Anklage wirft ihm fortgesetzten Betrug vor. Er hat eine Reihe prominenter Persönlichkeiten des In- und Auslandes um insgesamt etwa 1/4 Millionen Mark betrogen. 19 Zeugen sind geladen. Kirschildgen, 31-jährig, gibt zu, einige Male wegen kleinerer Amtsvergehen verurteilt zu sein. Der Vorsitzende weist den Angeklagten darauf hin, daß er sich verschiedentlich geweigert habe, seine Experimente vorzuführen. Ueber seine ersten Versuche bei Prof. Bartling in München erklärt der Angeklagte, daß er diese nicht habe durchführen können, weil von den anwesenden Herren die Leitung an der Apparatur unterbrochen worden sei. Das gefaßte Goldchlorid im Gewicht von 26 Gramm habe er für Parallelversuche gebraucht. Seine erste Verbindung knüpfte er mit einem Herrn König und Herrn Knott, von denen er etwa 1000 Mark bekommen habe. Von dem Kölner Großkaufmann Laudor habe er etwa 8000 Mark und von dem Amerikaner Harris für Versuche 60 000 Mark erhalten. Letzteres habe er sofort an Laudor weitergegeben und nur 6000 Mark behalten. Laudor habe mit dem Geld eine Gesellschaft gegründet. Der sehr reiche Harris habe auf Rückzahlung verzichtet und ihm übrigens eine Million Mark zugesichert.

Bzüglich eines sogenannten „Krafftästchens“ erklärte der Angeklagte, daß dieses von Harris konstruiert worden sei und zu gelungenen Versuchen auf dem Gebiet der Stahlveredelung und der Herstellung radioaktiver Substanzen gedient habe. Er will Quecksilber in Gold umgebildet haben. Er will auch einmal Benzin aus Kalk hergestellt haben und zwar alles mit derselben Apparatur.

Als erster Zeuge schiederte Rechtsanwalt Schäfer die Versuche der Atomzertrümmerung. Sand und Wasser wurden mit einigen Tropfen Eisenchlorid in eine Flasche gefüllt, durch den Korken ein Kupferdrähtchen in die Flasche geführt und das ganze versiegelt. Nach zwei Tagen wurden kleine Körnchen Gold festgestellt. Der Zeuge erklärte von der Richtigkeit des Experimentes noch heute überzeugt zu sein. Ein Stückchen Blech in Sand gelegt und von Kirschildgen mit einer Säure getränkt, war nach einiger Zeit in Gold umgewandelt. Der Zeuge gab an, Kirschildgen

ein Laboratorium eingerichtet und ihm etwa 15 000 Mark gegeben zu haben. Als nächster Zeuge wurde der bekannte Chemiker und Sachverständige Post-Duisburg vernommen, der ein großes Radiumlaboratorium unterhielt. Der Angeklagte sollte ihm seine Experimente vorführen, brachte aber lediglich die Präparate ohne die Apparatur mit. Kirschildgen habe behauptet, aus Uran Radium herstellen und den natürlichen Zerfall des Urans in Radium, der 7,5 Milliarden Jahre beträgt, außerordentlich beschleunigen zu können. Der Zeuge betonte, daß es völlig ausgeschlossen sei, auf diesen natürlichen Vorgang irgend einen Einfluß auszuüben. Auch würde durch die Beschleunigung eine so große Wärmemenge erzeugt werden, daß das ganze Laboratorium verbrennen würde. Der Zeuge ist der Ansicht, daß Kirschildgen bei den Experimenten durch einen Trick Goldchlorid in die betreffenden Flaschen hineingetan habe.

Die Frau des Rechtsanwalts Schäfer, die alldem vernommen wurde, gab an, von der Echtheit der Experimente überzeugt zu sein und sich nicht geschädigt zu fühlen. Sie habe auch einem Versuch beigewohnt, bei dem aus Kalk Benzin hergestellt wurde. Kalk und Wasser wurden in eine Flasche getan. Nach dem Experiment hatte sich der Inhalt in Benzin verwandelt.

Der Düsseldorfer Gerichtschemiker Dr. Müller, in dessen Laboratorium Kirschildgen den Versuch mit der Flasche mit Sand und Wasser gemacht hat, hat nachher bei der Untersuchung eine relativ „gewaltige Menge Gold“ gefunden. Er trug aber Bedenken, als er feststellte, daß der Korke von innen grau-blau gefärbt war, was auf eine Veräufung mit Goldchlorid schließen lasse. Es sei möglich, daß Kirschildgen mit einer Morphiumspritze Goldchlorid durch den Korken in die Flasche gespritzt habe.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Kirschildgen wegen fortgesetzten Betruges und Betrugsversuches 2 1/2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Düsseldorf, 19. Dezember. Nach etwa einstündiger Beratung verkündete das Gericht folgenden Urteil: Der Angeklagte wird wegen fortgesetzten Betruges und Betrugsversuches zu einem Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die 6monatige Untersuchungshaft wird angerechnet.

Gewerkschaft künftig nicht mehr beschlagnahmt werden können, auch würden Sympathiestreiks als zulässig bezeichnet. Die Vorlage besetzt fast vollkommen die Bestimmungen des bisherigen Gewerkschaftsgesetzes, das Anfangs 1927 von Baldwin gegen den heftigen Widerstand der Opposition durchgesetzt worden war. Dieses Gesetz war nach dem großen englischen Generalstreik des Jahres 1926 beschlossen worden und hatte den Generalstreik sowie alle politischen Streiks für ungesetzlich erklärt. Weiter war in dem Gesetz das Aufstellen von Streikposten in größerer Zahl sowie die Zugehörigkeit von Staatsbeamten zu anderen als reinen Beamtengegewerkschaften verboten worden.

USA setzt die Einwanderungsquote herab.

New York, 18. Dezember. Der Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses hat die Johnsonvorlage angenommen, durch die die jährliche Einwanderung in den nächsten zwei Jahren von 150 000 auf 75 000 herabgesetzt wird. Bei der Einwanderung sollen die nächsten Angehörigen der amerikanischen Bürger und der in den Vereinigten Staaten bereits ansässigen Ausländer bevorzugt werden. Kanadier und Mexikaner sind von der Einwanderung gänzlich ausgeschlossen.

Gegen die amerikanische Einwanderungssperre.

Washington, 19. Dezember. Bundesstaatssekretär Stimson und Bundesarbeitssekretär Doak brachten vor dem Wirtschaftskomitee des Bundesamts die Abneigung der Bundesregierung gegen die Gesetzentwürfe zur zweijährigen Einwanderungsunterbindung zum Ausdruck. Stimson wies auf die Bedenkllichkeit derartiger Maßnahmen hin und trat für die Erhaltung der Quota-Methode ein, die einen nationalen notwendigen gerechten Ausgleich zwischen den einwandernden Volksschichten gewährleistet. Stimson schlug andererseits eine 90prozentige Kürzung der gegenwärtigen Einwanderungsquote auf unbestimmte Zeitdauer vor. Der Regierungsvorschlag, der von Doak lebhaft unterstützt wird, läuft auf die gleichmäßige Bestätigung der seit mehreren Monaten auf Anweisung der Bundesbehörden gelübten 90prozentigen Einschränkung bei Erteilung der Einwanderungsbewilligungen hinaus und findet im Senat geringe Unterstützung.

Die Ford-Werte geschlossen.

Detroit, 19. Dezember. Sämtliche Ford-Betriebe wurden auf unbestimmte Zeit stillgelegt. Die Hauptbetriebsleitung erklärt, daß die Stilllegung durch die übliche Inventuraufnahme hervorgerufen wurde. Die Arbeitsaussetzung wird auf mindestens drei Wochen geschätzt. Die Ford-Betriebe haben während der letzten drei Monate nur drei Tage in der Woche gearbeitet.

Deutscher Kultur- u. Bildungverein „Fortschritt“

Dienste, Sonnabend, den 20. d. M., 6.30 Uhr abends findet im Saale in der Petrikauer 109 ein Vortrag statt über das Thema:

„Kaleidoskopische Bilder aus dem gesellschaftlichen Geschehen“

(zweiter selbständiger Teil)
Referent: Siegmund Hays.
Eintritt frei. Gäste willkommen.

Sturmberührungen an der nordafrikanischen Küste.

Paris, 19. Dezember. An der Küste von Nordafrika herrscht seit Donnerstag schwerer Sturm. Die Wogen des Mittelmeeres haben eine durchschnittliche Höhe von 10 Meter und sind von einer erschreckenden Gewalt. Der orkanartige Sturm, verbunden mit starken Regenfällen, hat die Straßen in Algier in eine reißende Flut verwandelt. Der Verkehr sowohl in Algier wie in einer Reihe anderer Städte ist fast zur Unmöglichkeit geworden. An der Küste sind sämtliche Badeanstalten vom Sturm und den Wellen hinweggefegt worden. Die Reisenden wurden so schwer in Mitleidenhaft gezogen, daß man stündlich mit ihrem Einsturz rechnet. Die an der äußeren Hafenanlage verankerten Schiffe wurden zum Teil schwer beschädigt oder sanken. Die Ausfahrt aus dem Hafen ist jedem Schiff verboten. Die gesamte Küstenschiffahrt ist eingestellt. Im Inland sind weite Landstrecken vollkommen überschwemmt. Die eingeborene Bevölkerung befindet sich in höchstem Alarmzustand. Der bisher im Hafen von Algier angerichtete Schaden wird auf etwa 10 Millionen Bloty geschätzt.

Schredensstat eines Wahnsinnigen.

Paris, 19. Dezember. Ein aufsehenerregender Vorfall hält zurzeit ganz Perpignan in Atem. Ein Unteroffizier der Garnison, ein Senegalese, wurde plötzlich wahnsinnig und flüchtete mit seinem Gewehr und dem Patronengürtel aus der Zitadelle. Auf seinem Wege schoß er auf jeden Menschen, den er antraf, und tötete zunächst einen alten Mann, eine Frau und einen Senegalesen, der sich ihm entgegenstellte. Wie ein Wilder raste er dann querfeldein und erreichte schließlich das Fort, in dem das Munitionslager der Garnison untergebracht ist. Der wachhabende Unteroffizier, der sich ihm entgegenstellte, wurde durch einen Brustschuß schwer verletzt. Darauf stürmte der Wahnsinnige an der Mauer des Forts entlang, jagte einer in der Nähe beschäftigten Feldarbeiterin eine Kugel in den Rücken und schloß sich dann in einem Nebengeläß des Forts ein. Militär und Gendarmerie wurde sofort alarmiert. Eine Festnahme des Unglücklichen war bis jetzt nicht möglich.

